

'Frauenpolitik'. Geschlechterverhältnisse. Wissenschaftliche Grenzziehungen. Klagenfurter Beiträge zur bildungswissenschaftlichen Forschung 29, hrsg. von Paul Kellermann, Klagenfurt, Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H, 1995. Erster Sammelband. ISBN 3-83391-131-5

Untertitel:

Zur Bedeutsamkeit wissenschaftlicher Ordnungssysteme für die Herausbildung gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen sowie zur Rolle sozialwissenschaftlicher Experten für die Aufrechterhaltung von undemokratischen Geschlechterverhältnissen und sozio-ökonomischen Ungleichheiten

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	9
Kapitel 1	
Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, herrschendes Verständnis von Ökonomie und Existenzsicherung	
„Meine Frau arbeitet nicht“	20
Männliche Sichtweise	21
Frauen - Solidaritätsreserve der Wettbewerbsgesellschaft	23
Kinderbetreuung, Arbeitsbewertung und Existenzsicherung	24
Männer: Leistung - Frauen: Liebe	28
„Wirtschaft“ gegen Frauen	29
Männerinteressen - „Brüderlichkeit“	31
Das gespaltene Menschenbild	34
Leistung muss sich lohnen!	36
Mehr privat, weniger Staat - „(Wahl)Freiheit“	38
Macht und Interessen männlicher Experten	41
Pflegegeld - Pflegerinnen	44

Zusammenfassung	46
Marktförmiger Patriarchalismus - Mehr Gleichheit für Frauen in der Europäischen Union?	50
Die Lage der Frauen auf dem ‚Arbeitsmarkt‘	51
Die Entwicklung in Österreich	53
Patriarchalische, marktkonforme Gleichstellungsphilosophie	54
Machtstrukturen - Frauenlobby	57
Haus(Frauen)Arbeit und Makroökonomie	59
Bezahlte und unbezahlte Arbeit - ‚produktive‘ Arbeit	60
Haushalt und handelndes Individuum identisch?	66
Eigenarbeit - ein neuer ‚männlicher‘ Arbeitsbegriff	73
Standortwettbewerb und ausgabenseitiges Sparen	82
Überlegungen zu wissenschaftlichen Grenzziehungen	91
Kapitel 2	
Sozialrechtliche Reformen im Namen der Gleichheit von Frau und Mann - Alterssicherung	
Geschlechtsneutrale sozialrechtliche Regelungen	96
Abfertigung bei Geburt	96
‚Geschlechtsneutral‘: Zeithorizont und Bewertung	97
Formale Rechtsgleichheit - Männerpolitik	100
Gleiche oder besondere Rechte?	103
Kinderbetreuung und Pensionsrecht	105
Junge Frauen - Chancen auf hohe Pensionen?	107
Arbeit aus Liebe, Not im Alter	110
Altersarmut vieler Frauen	110
Versicherungsprinzip - Leistungsgerechtigkeit	112
Frauenpolitische Forderungen an eine Pensionsreform	114
Witwerpension - Reform im Namen der Gleichheit?	117
Ehemännerpension statt eigenständiger Alterssicherung für Frauen	118

Männliche Verfassungsrechtsexperten definieren Gleichheit	121
„Bürgerliches Recht“ - Institutionalisierung von Ungleichheiten	127
Witwerpension oder Partnerpension und herrschende ökonomische Logik	133
Ohnmacht und Widerstand von Frauen	136
Versicherungsprinzip - geschlechtsneutrale Regelungen - Gleichheitsfalle	139
Anmerkungen zum Pensionssplitting	147
Eigenständige Alterssicherung für Frauen?	147
Unterschiedliche Erwartungen an das Pensionssplitting	150
Verteilungswirkung verschiedener Systeme	153
Kapitel 3	
Unterhaltsrecht und Haushaltseinkommen: Verschränkung von sozialer Ungleichheit und Ungleichheit der Geschlechter - Familienförderung	
Gestaffelte oder einheitliche Familienbeihilfe	157
Argumente für eine einheitliche Kinderbeihilfe	159
Alleinverdiener, Kinderzahl - Armut	161
Verfassungsrichterliche Gleichheit:	
Kinderkostenerkenntnis	164
Unterhaltsrechtliche Sicht begünstigt hohe Einkommen	164
Festigung der Macht von Männern	174
Finanzieller Anreiz für Nichterwerbstätigkeit von Ehefrauen	176
Wissenschaftliche Kategorien und Armut	179
Netto-Haushaltseinkommen - Netto-Pro-Kopf-Einkommen	180
Kinderzahl und Armut	184
Auswahl, Darstellung und Interpretation von Daten	186
Zahl der Verdiener und Armut	191

,Steuerfreies' Existenzminimum	194
Experten, geheime Politiker	196
Haushaltseinkommen und Familienförderung	204
Besteuerung der Familienbeihilfe - Haushaltsbesteuerung	204
Haushaltsbesteuerung - Nachteil für berufstätige Frauen	209
Widerspruch: Besteuerung der Familienbeihilfe - verfassungsrichterliche Gleichheit	213
Familienplitting: günstig bei hohem Einkommen und Nicht- berufstätigkeit der Ehefrau	217
Karenzgeld - individuelle Staatsbürgerinnenrechte	220
Unterschiedliche soziale Lage und Interessen von Frauen	223
Verborgene institutionelle Ein- und Ausschließungsmechanismen - Mechanismen der Macht	228
Kapitel 4	
Symbolische Macht und die Entwicklung von Wahrnehmen, Denken, Fühlen und Handeln	236
Frauenarbeit wie Frauenkleider für Männer untragbar - Zur Koedukation im Kindergarten	237
Alltagserfahrung ,erzieht'	237
Kindergärtnerin - ein Frauenberuf	240
Entwicklung ,weiblicher' und ,männlicher' Erlebniswelten	242
Chancengleichheit der Geschlechter durch die Schule?	
Strukturelle und bewusstseinsmäßige Barrieren	246
Verhinderung der gleichen, gemeinsamen Werkerziehung	246
Patriarchen in Entscheidungspositionen	249
Institutionalisierte Minderwertigkeit der ,Frauenarbeit'	251
Demokratische Spielregeln und Brüderlichkeit	254
,Wahlfreiheit' - formale Gleichbehandlung durch Leistungs- beurteilung	256
Rechtssystematik - Volksschullehrer und Kindergärtner	258
Koedukation - ja oder nein?	259

Soziologische Forschung und politisches Interesse	264
Einelfternfamilien: Mutter- und Vaterfamilien	266
Ideologische Problemdefinitionen	268
Berufstätige Frau und Hausfrau - einander ausschließende Kategorien?	272
Erwerbsarbeit - Familienarbeit	276
Doppelverdiener - Alleinverdiener	278
Zusammenfassung: ungenaue Begriffe, Klassifikationen und politische Interessen	281
Literatur	285
Nachweise	296

Ausschnitte aus den Vorbemerkungen

Ausgangspunkt meines politischen Engagements ist die Tatsache, daß **für viele Frauen - zunehmend auch für Männer-** trotz des größer werdenden Reichtums in den entwickelten industriellen Gesellschaften **keine ökonomische Existenzsicherung** gegeben ist. Im Mittelpunkt meiner Ausführungen stehen fünf Themenbereiche, die mit diesem Sachverhalt in einem ursächlichen Zusammenhang stehen: Erstens **das herrschende Verständnis von Wirtschaft**, das wirtschaftliche Vorgänge auf die Geldökonomie beziehungsweise auf das Marktgeschehen einengt. ...

Zweitens will ich verdeutlichen, daß das **'bürgerliche' Ehe- und Familienmodell**, das mit dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch 1812 rechtlich normiert wurde, auf die ökonomischen Verhältnisse der Bürger in der ständischen Gesellschaft abgestimmt war. Es bildet auch heute vielfach die Grundnorm des Sozialrechts und in der Judikatur der Verfassungsrichter ist diese Grundnorm Maßstab der Erkenntnisse zum Gleichheitssatz. (S. z. B.

Witwerpensionserkenntnis und Erkenntnisse zur besonderen Familienförderung) ...

Drittens will ich sichtbar machen, daß eine **Verschränkung von Geschlechterungleichheit und ökonomischer Ungleichheit** besteht. Dies bedeutet auch, daß die Sicht, 'die Männer' seien die Gegner der Frauen, zu kurz greift. Das System des Patriarchats ist auch ein ökonomisches Verhältnis. ...

Viertens ist es für mich ein besonderes Anliegen, die **Rolle der Sozialwissenschaften für die Durchsetzung von politischen Auffassungen** aufzuzeigen, die Auswirkung auf die konkrete Gestaltung der Geschlechterverhältnisse haben. Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen - Ökonomen, Verfassungsrichter, Statistiker, ... -, oft angesehene Männer in einflußreichen Positionen scheinen außerhalb der Politik zu stehen. Sie greifen jedoch in die politischen Entscheidungsprozesse ein, zum Beispiel in der Frage sozial gerechter Transferleistungen, weil sie die Macht haben, Probleme zu definieren, durch die Wahl von Kategorien Grenzen festzulegen und Ergebnisse für die Veröffentlichung auszuwählen und zu interpretieren. Das dies unter dem Deckmantel 'wissenschaftlicher Wahrheit', einem zentralen Symbol unserer Gesellschaft, geschieht, verweist auf den fünften Themenbereich. Dieser betrifft die Frage, **wie es den Herrschenden gelingt, Vorstellungen und Maßnahmen, die nachweislich Frauen und/oder Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen benachteiligen, zu legitimieren**, auch in öffentlichen Auseinandersetzungen als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Es geht dabei zum Beispiel um die Verknüpfung von Symbolen - etwa von Gleichheit und Wahrheit - mit den Strukturen der Institutionen. Diese Symbole - oft als 'Werte' bezeichnet - erhalten ihre gesellschaftliche Bedeutung in ihrer Verwendung für die Rechtfertigung oder Ablehnung der mit den Institutionen verbundenen Machtverhältnisse. ...

Zehn Jahre nach der Matura begann ich mit dem Studium der **Psychologie als Hauptfach, der Völkerkunde und der Soziologie als Nebenfächer** an der Universität Wien. Für mich war **Wissenschaft** gleichbedeutend mit **Wahrheitssuche und Wahrheit finden**. Zu meinem Schrecken mußte ich erfahren, daß bei einem Teil der Lehrenden kritische Auseinandersetzung nicht gefragt war. 'Privat'

befaßte ich mich mit **neuen sozialwissenschaftlichen Theorien**, zum Beispiel zu Fragen der Erziehung und Bildung. Aufregend wie Kriminalromane erschienen mir die Texte, die die Möglichkeiten aufzeigten, die in **anregenden Lernumwelten für die Entwicklung von Begabungen und Intelligenz** liegen und die im krassen Widerspruch zu dem standen, was ich in der Schule und im Psychologiestudium gehört hatte. Die Bedeutung der sozialen Lebensverhältnisse für die Lebenschancen und für die Entwicklung von Fähigkeiten wurde in dem Satz von Georg Picht zusammengefaßt: Am stärksten benachteiligt ist **das katholische Arbeitermädchen vom Land**.

Mein Interesse wandte sich immer mehr der Soziologie zu. Als Professorin für Pädagogische Soziologie an der Pädagogischen Akademie in Klagenfurt merkte ich, daß die Abgängerinnen und Abgänger der Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Höheren Schulen kaum über ein soziologisches Wissen verfügten. Bei den meisten herrschte eine **Sicht** vor, die ich als **psychologisierend und biologistisch** bezeichnen möchte: gesellschaftliche Erscheinungen, politische Entscheidungen, persönliche Handlungen und Eigenschaften werden ausschließlich auf Erbanlagen und persönliches Wollen zurückgeführt. ...

1979 wurde ich unvorhergesehen Politikerin. Nach der Familienrechtsreform Mitte der 70-er Jahre sollte das Prinzip der Gleichheit von Frau und Mann auch in das Sozialrecht Eingang finden. Ergebnis dieser Diskussion über Gleichheit war 1980 das **Witwerpensionserkenntnis der Verfassungsrichter**: Im Namen der Gleichheit wurde auch für Männer eine Hinterbliebenenpension gefordert und eingeführt. Während die vielen im Alter schlecht abgesicherten Frauen - junge, verwitwete Frauen mit Kindern, Arbeiterinnen, die immer berufstätig waren, alleinstehende Mütter - keinen einzigen Schilling mehr Pension bekamen, erhielten nun auch finanziell gut gestellte Männer nach dem Tod ihrer berufstätigen Frau eine Ehemännerpension! Die im Namen der Gleichheit eingeführte Regelung führte zu noch mehr Ungleichheit bei den Pensionseinkommen.

Juristen und Juristinnen konnten mir keine befriedigende Antwort auf meine Frage geben, wie eine Vergrößerung von ökonomischer Ungleichheit Ergebnis eines Erkenntnisses im Namen der Gleichheit sein konnte. Ich beschloß, **Fragen der Existenzsicherung von Frauen** zum Schwerpunkt meiner politischen Arbeit zu machen. Familienpolitisch begründeten Transferleistungen galt im weiteren Verlauf meiner Arbeit das besondere Interesse, weil ich erkannte, daß seitens der offiziellen Politik Existenzsicherungsfragen von Frauen vor allem durch familien- und sozialpolitische Maßnahmen - abgesehen vom Arbeitsrecht - im Steuer- und Sozialrecht geregelt werden. ...

Ich war Politikerin geworden, weil ich an der Durchsetzung von Verbesserungen für die vielen in mancherlei Hinsicht in den Lebenschancen benachteiligten Frauen mitwirken wollte. Die **tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten als Politikerin**, die Grenzen im Interesse von Frauen zu verschieben, **waren sehr beschränkt**. Die manchmal sichtbaren, häufig aber unsichtbaren *Gegner*, gegen deren Macht es bei diesem Vorhaben zu kämpfen galt, vermittelten mir nicht nur ein Gefühl der Machtlosigkeit, sondern zeigten die engen Grenzen für aus meiner Sicht wünschenswerte Veränderungen auf. Dies stand und steht **im krassen Gegensatz zu den Erwartungen vieler Menschen**. Diese glauben nämlich nicht zuletzt aufgrund immer wieder **veröffentlichter Meinungen angesehener Intellektueller**, Politikerinnen und Politiker verfügen über unbegrenzte Macht. Sie müßten nur wollen, dann ginge alles. Als Bundesrätin und Abgeordnete zum Nationalrat machte ich dagegen die Erfahrung, daß die meisten Fragen entschieden waren, ehe sie in den parlamentarischen Gremien zur Beratung gelangten. Beispielsweise waren sozialpolitische Fragen vorher in den Sozialpartnerinstitutionen, Fragen neuer Technologien, die das Leben der Menschen nachweislich stark verändern, wie die Computertechnik oder möglicherweise die Gentechnik durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft längst entschieden, ehe 'die Politik' in einer Art Feuerwehrfunktion mögliche, mit ihnen zusammenhängende negative Begleiterscheinungen begrenzen sollte. Das heißt: Die

meisten politischen Fragen, die stark in das Leben der Menschen eingreifen, **die die täglichen Lebensvollzüge zeitlich und räumlich strukturieren und die ökonomische Sicherheit betreffen**, werden heute außerhalb der Politik vor allem unter dem Einfluss 'der Wirtschaft' entschieden. ...

Jeder einzelne Beitrag ist für sich unabhängig von den anderen zu lesen; die Abgeschlossenheit der einzelnen Beiträge und der Sachverhalt, daß nach Möglichkeit immer alle Themen berücksichtigt werden, wird manchen Leserinnen und Lesern einzelne Textstellen als Wiederholungen erscheinen lassen; es geht jedoch darum, die **Struktur der thematischen Zusammenhänge** bei allen inhaltlichen Fragestellungen aufzuzeigen. Auch wer das ganze Buch liest, wird keine fertigen Antworten auf ihre oder seine Fragen finden. Ich hoffe aber, daß die Leserinnen und Leser Anregungen erhalten, die **Fragestellungen unter einem neuen Blickwinkel** anders zu sehen und Anstöße finden, die andere Herangehensweisen an zu lösende Probleme ins Blickfeld rücken. Die nicht wissenschaftlich ausgebildeten Leserinnen und Leser hoffe ich zu **ermutigen, auch das in die Entscheidungsfindungen hineinzureklamieren, was sie um sich herum in der Lebenspraxis sehen**, und daß sie sich nicht von der Macht der Symbole und den Symbolen der Macht vereinnahmen und/oder einschüchtern lassen, wie von der Gleichsetzung von Wissenschaft mit Wahrheit oder dem Glauben, das Private habe nichts mit dem Politischen zu tun, oder der Auffassung, Gleichheit als demokratischen Grundwert zu interpretieren, sei allein Sache der Verfassungsrichter. ...

Wer gesellschaftliche Strukturen verändern will, muß die **Begriffe**, die auch in der Alltagssprache verankert sind und das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen beeinflussen, **auf ihre Systemimmanenz untersuchen**. Denn auch in Worten steckt das Prinzip der Macht. Wer zum Beispiel nur Erwerbsarbeit als Arbeit bezeichnet und andere das glauben machen kann, hat Macht, unter anderem typische Arbeiten, die Frauen verrichten, zur Nichtarbeit zu erklären. Aus der Sicht von Frauen ist es daher notwendig, unter Arbeit mehr zu

verstehen als Erwerbsarbeit, ebenso unter Wirtschaft mehr als die Geldökonomie. ...

Eine **richtige Analyse** ist aber noch lange **nicht eine Änderung der Verhältnisse**. Damit viele Menschen für eine wünschenswerte Veränderung eintreten, müssen auch die **politisierend wirkende Begriffe** sorgfältig überlegt werden. Ich bin mir beispielsweise bis heute nicht sicher, **welcher Begriff** für die **außerhalb der Geldökonomie liegenden wirtschaftlichen Prozesse** der passendste ist: Subsistenzwirtschaft, Reproduktionsarbeit, Konsumarbeit, Versorgungsökonomie oder Hausarbeit. Der Begriff **Hausarbeit** wird zwar allgemein verstanden, aber er engt die Sicht ein und ist assoziativ mit dem Begriff 'der bürgerlichen Hausfrau' verbunden. **Versorgungsökonomie**, die die Betreuungs- und Konsumarbeiten umfaßt, ist für Menschen, die sich nicht näher mit diesen Fragen auseinandersetzen, nicht leicht verständlich. **Versorgungsökonomie als subsistenzwirtschaftlichen Variante** industrieller Gesellschaften in Anlehnung an Ursula Beer (1990) hat für mich den Vorzug, daß die Makroebene der Wirtschaft in den Blick kommt. Der Ausdruck '**Konsumarbeiten**', den einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verwenden, lenkt andererseits den Blick darauf, daß nicht nur Produzieren, sondern auch Konsumieren mit Arbeit verbunden ist. Der Begriff **Reproduktionsarbeit** beinhaltet eine hierarchische Wertung: während Produktion das Erzeugen, das Schaffen von Gütern und Dienstleistungen bezeichnet, bedeutet Reproduktion wörtlich das Nachbilden, das Wiederherstellen. - Bleibt die Frage, ob Begriffe, die sich für die Analyse eignen, auch für die Politisierung von Sachgebieten, und damit von Menschen, zielführend sind.

Aus ähnlichen Gründen muß heute meines Erachtens das Wort '**Frauenpolitik**' als **politisches Kampfwort** hinterfragt werden. Natürlich weiß jede und jeder politisch Interessierte, daß es bei 'Frauenpolitik' darum geht, bestehende Benachteiligungen von Frauen in den Geschlechterverhältnissen und in den ökonomischen Verhältnissen zu beseitigen. Andererseits vermittelt der Ausdruck

'Frauenpolitik' wie der Ausdruck 'Frauenforschung' für nicht gut Informierte den Eindruck, es gehe **nur um Anliegen von Frauen, nicht auch von Männern**. So gesehen ist 'Frauenpolitik' ein irreführender Begriff. Angesichts des Sachverhalts, daß es in Österreich derzeit (1995) zwei Parteien mit einer Frau als Vorsitzenden gibt, könnte der Eindruck entstehen, Parteien mit einer Frau als Vorsitzenden seien automatisch "frauenfreundlich". Das Bemühen von 'Frauenpolitikerinnen', mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu bringen, wird in diesem Zusammenhang möglicherweise mißinterpretiert. Manche sehen nämlich nicht, daß sowohl die **Zahl der Frauen in Entscheidungspositionen als auch das Programm, das sie vertreten, entscheidend** sind. Vielleicht ist bereits der Zeitpunkt gekommen, auch öffentlich von der Politik der 'Geschlechterverhältnisse' oder von 'Geschlechterpolitik' zu sprechen. Ähnliches gilt für Frauenforschung und Forschung zum Geschlechterverhältnis. Aber auch der Ausdruck 'Geschlechterpolitik' weist nicht darauf hin, daß Geschlechterverhältnisse immer mit ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen verschränkt sind.

Ein wesentlich größeres Problem sehe ich darin, daß sich die **herrschenden Theorien** - seien es die politikwissenschaftliche, die wirtschaftswissenschaftliche oder die rechtswissenschaftliche Theorie - **nicht einfach durch Hinzufügen 'der Frauen' ändern**. Es geht vielmehr um ein neues Verständnis der Strukturen der Gesellschaft, und das heißt, es geht um einen Perspektivenwechsel in der Politikwissenschaft, in der Wirtschaftswissenschaft, in der Rechtswissenschaft und in anderen Sozialwissenschaften. Ein **interdisziplinäres Vorgehen** könnte dann zu einer angemessenen Sicht von Problemen und zu einer der Wirklichkeit besser gerecht werdenden Theorie der Gesellschaft als Grundlage politischer Entscheidungen führen.

(Klagenfurt, im September 1995)